Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 52 (1960)

Heft: 12

Artikel: Probleme der USA-Gewerkschaften

Autor: Adam, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353962

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schließlich zur Deckung der Kosten, die in direktem Zusammenhang mit der Vertragstätigkeit der Gewerkschaften stehen, oder zugunsten allgemeiner Zwecke des Wirtschaftszweiges oder Berufes verwendet werden [40].

Probleme der USA-Gewerkschaften

Gleich nach seinem Regierungsantritt 1933 führte Präsident *F. D. Roosevelt* eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen ein, die der Nation völlig neue Ziele setzten (New Deal) und sie aus der Aera des Laisser-faire der individualistisch-kapitalistischen Wirtschaft in eine Form überführten, bei der sich der Staat in viele ihm bisher verschlossene Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens einschaltete. Die Zeit des schrankenlosen Kapitalismus, dessen Erträge verhältnismäßig wenigen zugute gekommen waren, war mit dem Schwarzen Freitag (29. Oktober 1929) endgültig vorbei. Mit der zunehmenden Erholung nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, die erst mit Beginn des Zweiten Weltkriegs als abgeschlossen betrachtet werden kann, setzte sich die Auffassung eines modernen, modifizierten Kapitalismus, bei dem die Erträge allen am wirtschaftlichen Leben Beteiligten zufließen, immer mehr durch. Für die Gewerkschaftsbewegung war diese Entwicklung durchaus günstig. Der Wagner Act von 1935, der auf der Grundlage eines Minimums staatlicher Einmischung in die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruhte, war die gesetzliche Grundlage für ihre wachsende Bedeutung im Wirtschaftsleben der Nation.

Der Lebensstandard der Arbeiter in den USA

war in keinem Abschnitt der uns bekannten Geschichte so hoch wie heute. Das Organ des großen amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der American Federation of Labor – Congress of Industrial Organization (AFL–CIO) sagt in seiner Ausgabe vom Mai 1960: «Mit der Erholung nach dem wirtschaftlichen Rückgang (recession) von 1958 stieg das Durchschnittseinkommen der 56 Mio amerikanischer Familien um 250 $ zu einer neuen Höhe von brutto 6500 $ im letzten Jahr. Das Einkommen ist schneller gestiegen als die Preise; nach Abschluß des Jahres war die Familie durchschnittlich um 3 Prozent besser daran als bei Jahresbeginn.» Die folgende Sta-

---

[40] Das System der «Vertragsgebühren», das von John V. Spielmans in seinem Aufsatz «Bargaining Fee Versus Union Shop», Industrial and Labor Relations Review, Juli 1957, S. 609 ff., vorgeschlagen wird, stimmt weitgehend mit der schweizerischen Lösung überein, mit Ausnahme der letztgenannten Bestimmung des schweizerischen Gesetzes.

tistik beruht auf den Quellen des Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsministeriums; sie ist in den «US News and World Report» vom 14. März 1960 entnommen.

Berufsgruppe	Durchschnittliches Wocheneinkommen in Dollars (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Bundeseinkommenssteuer)	Wechsel im Realeinkommen in % (nach Anpassung an die Änderung der Kaufkraft und an die Steuern) in den letzten 10 Jahren	im Jahre 1959
Kohle	117,43	+ 45,5	+ 14,0
Metall	110,33	+ 43,2	+ 6,5
Auto	109,54	+ 32,5	+ 11,2
Schlächterei	107,84	+ 64,3	+ 11,4
Oel	104,53	+ 14,9	+ 2,6
Bau	103,15	+ 24,8	+ 4,9
Metallgewinnung	96,33	+ 29,0	+ 5,9
Eisenbahn	94,00	+ 24,9	— 2,3
Chemie	89,88	+ 24,4	+ 2,6
Bundesdienst	88,42	+ 20,7	— 3,3
Schuldienst	87,60	+ 26,8	+ 2,3
Papier	83,64	+ 20,2	+ 0,4
Elektrotechnik	82,58	+ 18,0	+ 2,1
Telephon	78,61	+ 22,4	+ 5,2
Einzelhandel	61,06	+ 8,5	— 0,5
Textil	60,05	+ 3,2	+ 2,8
Leder	57,38	+ 7,0	— 3,9
Schneiderei	53,12	+ 1,3	— 0,9
Leiter einer Farm	50,11	— 22,0	— 10,0
Farmarbeiter	44,86	+ 25,9	+ 1,2
Kapitalrente von Staatspapieren [1]	40,00	— 19,8	— 1,3

[1] Es wird ein Einkommen von 40 Dollar wöchentlich an Zinsen aus Staatspapieren zugrunde gelegt.

Der folgende Vergleich mit den Stundenlöhnen einiger Länder aus der «Times», «The Weekly Newsmagazine» vom 28. Dezember 1959 umfaßt nur die Manufacturing-Gruppen; darunter werden, von einigen weniger wichtigen abgesehen, verstanden: Lebensmittel, Getränke und Tabak, Bekleidung, Leder, Holz, Papier, Buchdruck, Chemie, Oel, Steine und Erden, Metall. Der durchschnittliche Stundenlohn in diesen Gruppen betrug:

Land	im Jahre 1949 in Dollar	im Jahre 1959 in Dollar
USA	1,40	2,22
England	0,37	0,67
Westdeutschland	0,31	0,58
Mexiko	0,20	0,35
Japan	0,11	0,30
Indien	0,08	0,10

Solchen Vergleichen wird von Kurzbesuchern der USA, die in einem großstädtischen Hotel oder einer Vergnügungsstätte die Erfah-

rung machen, daß sie mit einem Dollar nicht viel weiterkommen als in der Schweiz mit einem Franken, meist mit der Bemerkung begegnet, die Kaufkraft des Dollars in den USA sei ungefähr der Kaufkraft des Schweizer Frankens in der Schweiz gleich. Die Wirklichkeit sieht anders aus; insbesondere sind Lebensmittel und Bekleidung, letztere bei den häufigen Ausverkäufen, sogar billiger als in der Schweiz oder in Deutschland. Hiervon kann man sich aus den Annoncen jeder Tageszeitung überzeugen, wobei man die auffällig niedrigen Preise für Kaffee und Tee, Benzin und Tabak, die in Westdeutschland durch hohe Steuern und Zölle belastet sind, gar nicht in den Vergleich einbeziehen muß. Wenn man anderseits die bedeutend höheren Mieten, die höheren Ausgaben für Dienstleistungen aller Art und für Krankheiten, für die eine staatliche Versicherung fehlt, für den Verkehr (Autoparken), für alkoholische Getränke, Theater- und Filmbesuch und ähnliche nicht lebensnotwendige Dinge ins Auge faßt, wird man der tatsächlichen Lage wohl nahekommen, wenn man die Kaufkraft des Dollars in den USA etwa mit der von 3 sFr. gleichsetzt. Ins Gewicht für den höheren Lebensaufwand fällt auch, daß bei den weiten Entfernungen ein Auto, bei den klimatischen Verhältnissen ein Eisschrank kaum zu entbehren ist.

Da die Zahlungsbilanz der USA nach langer Zeit 1958 zum erstenmal mit 3,4 Mia und 1959 mit 3,7 Mia $ passiv war (durch Aufwendungen für die Truppen in Uebersee, Rüstungshilfe für Bundesgenossen, Hilfe für die unterentwickelten Länder, großes ausländisches Investitionsprogramm), der Goldvorrat 1958 um 2,3 Mia, 1959 um 1 Mia abgenommen hat und die Handelsbilanz, obwohl noch aktiv, diese Differenz nicht ausgleichen konnte, macht man sich in zunehmendem Maße Gedanken, wie man bei diesem eminenten Unterschied der Löhne dem ausländischen Wettbewerb auf dem Weltmarkt auf die Dauer wird standhalten können. Der technische Vorsprung, den die USA am Ende des Zweiten Weltkriegs vor den zerrütteten Ländern Europas hatten, ist inzwischen zum großen Teil von Industrieländern wie England und Westdeutschland aufgeholt worden; zwischen einer amerikanischen und englischen oder westdeutschen Autofabrik dürften hinsichtlich Anwendung letzter technischer Errungenschaften und arbeitsparender Methoden keine allzu großen Unterschiede mehr bestehen. An ein spürbares Aufholen der Löhne in den Industrieländern Europas ist bei dem weiten Abstand zu den amerikanischen Löhnen nicht zu denken. So wird Forderungen der Arbeiterschaft auf weitere Lohnerhöhungen von Arbeitgeberseite entgegengehalten: Wenn die Löhne nicht stabilisiert werden, werde der Export zurückgehen, die Arbeitslast zunehmen und der Goldvorrat weiter vermindert werden; die Gefahr der Abwertung des Dollars könne daraus entstehen. Ein Schweizer Bankmann faßte sein Urteil dahin zusammen, daß in den USA

der Arbeiter Lohnerhöhung verlange, bevor die Produktivität genügend gestiegen sei. Bei dieser Sachlage ist ungewiß, ob im Kongreß die Forderung der Gewerkschaften, den Mindeststundenlohn von 1 $ auf 1,25 $ zu erhöhen, eine Mehrheit finden wird.

Der Stahlarbeiterstreik

Der 116 Tage andauernde Streik der Stahlarbeiter in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 hat zwar einen hohen Preis gekostet: 1,6 Mia $ an Steuereinnahmen, 1,25 Mia an Löhnen, 1,5 Mia an Gewinn der Industrie. Aber er hat auch die mächtigen Reserven der amerikanischen Wirtschaft aufgezeigt. Die Vorräte an Stahl waren so bedeutend, daß die Produktion der gesamten Wirtschaft nur um 1,2 Prozent sank. Ende 1959 wies die Stahlproduktion im Vergleich zu 1949 ein um 96 Prozent besseres Ergebnis auf, trotzdem die Arbeiterzahl um 25 000 gesunken war. Das gesamte Nationaleinkommen des Kalenderjahres 1959 mit 480 Mia $ überstieg trotz des Streiks in dem wichtigsten Industriezweig das des Vorjahres um 39,5 Mia; das Einkommen der Industrie mit 24 Mia das des Vorjahres um 5,1 Mia. Manche sahen die günstige Auswirkung des Streiks darin, daß er den Wirtschaftsaufschwung glücklich gedämpft und eine Schnaufpause gewährt habe.

Der Streik ging nicht so sehr um Lohnerhöhungen, die nach dem Urteil der Arbeitgeber in bescheidenem Umfang ohne Erhöhung der Stahlpreise möglich gewesen wären, als um die Einführung arbeitskräftesparender Methoden, die die Arbeitgeberschaft beabsichtigte, dann um Versicherungen, Pensionen und ähnliche zusätzliche Leistungen, die die Arbeitnehmerschaft mit sofortiger Wirksamkeit erreichte, während Lohnerhöhungen erst am 1. Dezember 1960 und 1. Oktober 1961 in Kraft treten. Ueberwiegend hat der Streik mit einem Sieg der Gewerkschaften geendet.

Der Streik hat die Schwäche des Taft-Hartley Acts von 1947 klar aufgezeigt. Nach diesem Gesetz kann der Präsident der USA in Fällen, in denen die nationale Wohlfahrt oder Sicherheit bedroht ist, die Wiederaufnahme der Arbeit für 80 Tage anordnen. Eisenhower machte von dieser Ermächtigung Ende Oktober 1959 Gebrauch. Eine zweite Anordnung dieser Art kann er aber nicht erlassen; nach Ablauf der Abkühlungsperiode wäre nur der Gesetzgeber imstande, durch Aenderung des geltenden Streikrechts die Wiederaufnahme des Streiks zu verhindern oder die Fortsetzung des inzwischen wieder aufgenommenen Streiks abzustoppen. Man atmete auf allen Seiten auf, daß diese dem amerikanischen Empfinden äußerst unerwünschte Einmischung des Gesetzgebers in das geltende Streikrecht Anfang Januar 1960 durch die Vereinbarung kurz vor Ablauf der 80-Tage-Periode vermieden wurde. Im Wahljahr ist mit einer Ausfüllung der gesetzlichen Lücke nicht zu rech-

nen. Eisenhower hat, um ähnliche Streiks gleichen Umfangs auszuschließen, regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vorgeschlagen. Der Erfolg bleibt abzuwarten.

Die Landrum-Griffin Bill

Als größter Rückschlag, den die Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren erlitten hatten, wurde auf der Tagung der AFL–CIO im September 1959 die kurz vorher erlassene Landrum-Griffin Bill bezeichnet. Der offizielle Titel ist The Labor – Management Reporting and Disclosure Act of 1959. Dieses Gesetz, das nach jahrelangen Beratungen durch eine Majorität der demokratischen Abgeordneten von 11 demokratischen Südstaaten und von republikanischen Abgeordneten des Ostens und Nordens mit großer Mehrheit in ähnlicher Weise auch im Senat angenommen wurde, will mit den mancherlei Mißständen aufräumen, die im Laufe der Zeit im Gewerkschaftswesens eingerissen sind und in der Oeffentlichkeit starke Beachtung gefunden haben. Ein vom Senat Anfang 1957 eingesetzter Untersuchungsausschuß stellte fest: Mangel an demokratischer Verwaltung, Diktatur von Einzelnen, Nichtbeachtung der Statuten, Stimmrechtsberaubung, besonders in finanziellen Angelegenheiten, Mißbrauch des sogenannten trusteeship (Ueberwachung lokaler Gewerkschaften durch die Zentrale) unter starker Ausnützung der Finanzgewalt, unsaubere Abkommen zwischen einzelnen Arbeitgebern und Gewerkschaftsführern (Sweetheart-Verträge, wodurch ein einzelner Arbeitgeber gegen hohe Bezahlung an Gewerkschaftsführer bei Abschluß von Tarifverträgen bevorzugt behandelt wird), weit verbreiteter Mißbrauch von Gewerkschaftsvermögen, Verletzung des Taft-Hartley Act bei Ausübung von Zwang zum Beitritt zur Gewerkschaft, auf Arbeitgeberseite Machenschaften zur Verhinderung dieses Beitritts, Auswüchse im Streikrecht, Eindringen von Gangstern und Verbrechern – Eisenhower sprach von Schwindlern und Erpressern – in Gewerkschaftsspitzen, ohne daß gegen sie eingeschritten worden wäre.

Das Gesetz ist nun keineswegs gewerkschaftsfeindlich; aber es führt innerhalb der Gewerkschaften zu einer Gewichtsverlagerung. Das ersieht man aus den Rechten, die den Gewerkschaftsmitgliedern in einem feierlich «Bill of Rights» überschriebenen Abschnitt gegeben werden; sie sind allerdings für unser Empfinden so selbstverständlich, daß wir uns wundern, daß es im Musterland der Demokratie so weit kommen konnte, ohne daß früher eingeschritten wurde. An solchen Rechten sind hervorzuheben: Gleichheit bei der Ernennung und Wahl von Kandidaten, beim Besuch von Versammlungen, bei Aussprache der freien Meinung und bei Uebung von Kritik. Solche Kritik führte nicht selten zum Ausschluß, was oft den Verlust des Arbeitsplatzes nach sich zog. Bei den Wahlen gab

es derartige Mißbräuche, daß ein Berichterstatter vor einem Vergleich mit Sowjetwahlen nicht zurückschreckte. Akklamationswahlen sind nun verboten. Die schriftlichen Unterlagen müssen ein Jahr aufgehoben werden. Gewählte Gewerkschaftsfunktionäre können durch ein besonderes Verfahren abgesetzt werden. Die Wahlen müssen in lokalen Gewerkschaften alle drei, in nationalen alle fünf Jahre stattfinden. Wegen bestimmter Vergehen Vorbestrafte können erst fünf Jahre nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis, ehemalige Kommunisten fünf Jahre nach Austritt aus der Partei gewählt werden. Ueber die Finanzen der Gewerkschaft, die Gehälter und Auslagen muß den Mitgliedern Bericht erstattet werden. Sie haben das Recht, die Unterlagen einzusehen. An den Staatssekretär für Arbeit sind jährliche Berichte zu erstatten, wobei über Gehälter und sonstige Bezüge Auskunft zu geben ist, wenn sie 10 000 $ jährlich, über Darlehen, wenn sie 250 $ übersteigen. Ebenso sind Darlehen einer Gewerkschaft an Arbeitgeber zu melden, der seinerseits über Zuwendungen an Gewerkschaften und ihre Führer Mitteilung zu erstatten hat. Die Gewerkschaftsbeiträge können nur durch Mehrheitsbeschluß erhöht werden, für 10 Prozent der von den Gewerkschaften verwalteten Gelder muß Sicherheit geleistet werden. Da dies in aller Regel nur durch Versicherungsinstitute geschehen kann, ist Gewähr dafür geboten, daß zweifelhafte Personen ausgeschaltet bleiben. Mißbrauch von Gewerkschaftsgeldern ist nunmehr ein Bundesvergehen, so daß die Strafverfolgung den Bundesgerichten, nicht mehr den Gerichten der Einzelstaaten obliegt.

Die Notwendigkeit, gegenüber diesen Mißbräuchen gesetzliche Handhaben zu bieten, wurde auf der erwähnten Tagung von gewerkschaftlicher Seite anerkannt, den Bestrebungen, Bestechlichkeit zu bekämpfen und demokratische Regeln innerhalb der Gewerkschaften zu sichern, wurde Unterstützung zugesagt. Die AFL–CIO konnte sich darauf berufen, daß sie schon vorher entschieden gegen korrupte Gewerkschaften vorgegangen war. So hatte sie 1953 die Longshooremen's Association (Hafenarbeiter) ausgeschlossen – die Zustände im Hafen von Neuyork sind durch einen Film auch in Europa bekanntgeworden; erst 1959 ist diese Gewerkschaft wieder aufgenommen worden. Die größte amerikanische Gewerkschaft, die Teamster Union (Transportarbeiter) mit 1,4 Mio Mitgliedern, ist 1958 wegen schwerer Mißstände ausgeschlossen worden. Ihrem berühmten Führer *Hoffa*, der sich rühmt, er könne mit einem Streik das ganze amerikanische Wirtschaftsleben lahmlegen, steht wegen schwerer Korruption und anderer Vergehen gerichtliche Verfolgung bevor.

Im Kern richtet sich der Widerstand der AFL–CIO gegen die Vorschriften des Gesetzes, die anrüchige Streikmethoden unmöglich machen und Lücken des Taft-Hartley Act in dieser Richtung

ausfüllen wollen. Was man hier in der Rede Eisenhowers, der sich entgegen seiner Gewohnheit in einer Rundfunkansprache für die Annahme des Gesetzes aussprach, zu hören bekam, klingt für europäische Ohren befremdlich; in der Schweiz und in Deutschland würde wohl die Polizei einschreiten, wenn 100 Leute einer Gewerkschaft in der gewöhnlichen Essenszeit in einem Restaurant alle Tische besetzten und stundenlang bei einer Tasse Kaffee sitzen blieben, um auf diese Weise die 40 Angestellten des Restaurants zu zwingen, der Gewerkschaft beizutreten. Andere Fälle eines indirekten Streiks: Ein Lastwagen mit Gemüse trifft in einem Neuyorker Lagerhaus ein. Es erscheint ein Angehöriger der Transportarbeitergewerkschaft, der Gebühren für den Auslad verlangt. Auf die Antwort des Lastwagenführers, er brauche keine Hilfe, werden Auslad und Rücksprache mit dem Lagerhausverwalter hintangehalten. In einer Möbelfabrik in Texas stimmen die Beschäftigten gegen Anschluß an eine bestimmte Gewerkschaft. Nun werden die Läden bestreikt, die die von der Fabrik hergestellten Möbel verkaufen. An der Einsicht der AFL–CIO, daß sich im Streikwesen erhebliche Mißstände eingeschlichen haben, fehlte es nicht, wohl aber glaubte sie, es wäre nicht notwendig gewesen, mit der Waffe des Gesetzes dagegen vorzugehen. Es wurde dem Gesetzgeber verübelt, daß er den Gewerkschaften nicht das Vertrauen geschenkt habe, daß sie selbst im eigenen Hause aufräumen können.

An der Landrum-Griffin Bill sieht man eines der Paradoxen, an denen das amerikanische öffentliche Leben so reich ist und die immer wieder den ausländischen Besucher verblüffen. Das Laisser-faire gehört zu den Eigentümlichkeiten des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten. So können im Laufe von Jahren Situationen entstehen, die nach europäischen Begriffen untragbar sind. Man denke an den Feldzug McCarthys gegen den Kommunismus, in dessen Verlauf sich dieser Senator aus Wisconsin zu einem kleinen Hitler entwickelte. Man ließ den Dingen ihren Lauf und vertraute auf den Common sense; als McCarthy bei einer Untersuchung im Senat bloßgestellt wurde, war seine Macht gebrochen. Bei dem Erlaß des Landrum-Griffin-Gesetzes war deshalb viel Fingerspitzengefühl notwendig, weil man der Unterstützung der öffentlichen Meinung sicher sein mußte und im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen keine Partei als arbeiterfeindlich dastehen wollte. Als der Schwerpunkt des Gesetzes in den Schutz der Gewerkschaftsmitglieder vor Mißbrauch durch die eigenen Führer verlagert wurde, war ihm der Stachel genommen.

Rückgang der Mitgliederzahl

Sorgen macht den Gewerkschaften der Rückgang der Mitgliederzahlen. Einige Bemerkungen aus der jüngeren Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erscheinen hier am Platze. Zu

Anfang des 20. Jahrhunderts waren erst 869 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Von da an ergibt sich für wichtige Stichjahre folgende Bewegung (in Mio):

1914	2,687	1933	unter 3,000
1920	5,048	1934	3,609
1923	3,500		

Der alte Gewerkschaftsbund, die American Federation of Labor (AFL), der die meisten Gewerkschaften angeschlossen waren, stand seit 1882 bis zu seinem Tode 1924 unter der Führung von Samuel Gompers. Er betrachtete stets die gelernten Arbeiter als die wertvollsten Gewerkschaftsmitglieder, war daher der Begründer der sog. Craft-Prinzips, d. h. des Zusammenschlusses nach Berufen, und bekämpfte eine Organisation auf der Grundlage des Betriebs- oder Industrieprinzips (industrial unions). Als Roosevelt mit dem New Deal neue Wege in die Zukunft wies, sah John L. Lewis, damals Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, die Stunde kommen, die breiten Massen der ungelernten Arbeiter gewerkschaftlich zu erfassen und als Grundlage des Zusammenschlusses den Einzelbetrieb zu nehmen. Als er bei der AFL nicht durchdrang, kam es 1935 zum Bruch. Lewis gründete mit anderen den Congress of Industrial Organization (CIO). Nach kurzer Zeit waren 6 Mio Mitglieder gewonnen und die AFL überflügelt. Die CIO dauerte 20 stürmische Jahre, in erbittertem Streit mit der AFL rekrutierte sie ihre Mitglieder. Im Dezember 1955 kam endlich unter dem Titel AFL–CIO die Vereinigung zustande; die CIO als selbständiger Gewerkschaftsbund existierte von da an nicht mehr.

Die nachstehend wiedergegebenen Zahlen sind vom Arbeitsministerium herausgegeben und der Montley Labor Review vom Januar 1960 entnommen. Die der AFL–CIO angeschlossenen (affiliated) Gewerkschaften sind von den ihr nicht angeschlossenen getrennt. Nicht enthalten sind etwa 500 000 Mitglieder von Gewerkschaften, die ihre Tätigkeit auf einen einzelnen Betrieb beschränken, ebenso 933 000 Arbeitslose, die keine Gewerkschaftsbeiträge bezahlen. Es ergibt sich (Mitgliederzahl in Mio):

	der AFL-CIO angeschlossen	der AFL-CIO nicht angeschlossen	Gesamt
Zahl der Gewerkschaften .	137	49	186
Mitglieder 1957 . . .	16 954	1476	18 430
Mitglieder 1958 . . .	14 993	3088	18 081

Der Verlust der AFL–CIO von nahezu 2 Mio ist zum weitaus größten Teil durch den Ausschluß dreier Gewerkschaften, darunter der größten, der Teamster, zu erklären; dem steht der entsprechende Zuwachs bei den nicht angeschlossenen Gewerkschaften gegenüber. Darüber hinaus ist jedoch bei der AFL–CIO ein Rückgang von

350 000 (gegenüber 1956 sogar von 500 000) zu verzeichnen, den die AFL–CIO auf das geringere Interesse der jüngeren Generation an gewerkschaftlichem Zusammenschluß zurückführt. Sie habe keine Erinnerung an die Zeit der Depression und der schweren Kämpfe um den der Arbeiterschaft gebührenden Anteil am nationalen Produkt, sie trete in einer Zeit hoher Löhne und verhältnismäßiger großer Sicherheit des Arbeitsplatzes in den Arbeitsprozeß und nehme die Errungenschaften als selbstverständlich hin.

Von den 18,081 Mio sind 1,2 Mio Mitglieder der sogenannten International Unions, das heißt von Gewerkschaften, die sich über die Grenzen der USA hinaus erstrecken (meist Kanada).

Ungefähr 1 Mio Gewerkschaftsmitglieder sind im öffentlichen Dienst von Bund, Staat oder Gemeinden tätig. Das Verhältnis der gewerkschaftlich Organisierten zu der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerungskreise wird nach zwei Richtungen gegeben: scheidet man aus letzterer Landwirtschaft, bewaffnete Macht, Selbständige, Arbeitslose, unbezahlte Familienkräfte sowie Hauswirtschaft aus, so ergibt sich 1 : 2; scheidet man nur die Landwirtschaft aus, ist das Verhältnis 1 : 3. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen ist von 3,4 Mio 1956 auf 3,3 in 1958 zurückgegangen. Organisierte Frauen verhalten sich zu den nichtorganisierten wie 1 : 6, die Männer zu den Frauen innerhalb der Gewerkschaften wie 5 : 1. 48 Gewerkschaften haben keine weibliche Mitglieder.

Die organisierten white collar workers («Stehkragen-Arbeiter», unseren Angestellten vergleichbar) stellen mit 2,2 Mio 12 Prozent der Gesamtzahl dar. Von den 186 Gewerkschaften hatten 111 keine oder eine verschwindende Zahl von Angestellten; man spricht hier von dem Blue-collar- (blaue Kragen) Charakter einer Gewerkschaft. Anderseits waren von 4 Angestellten 3 in 37 Gewerkschaften, in denen sie mindestens 50 Prozent der Organisierten ausmachten.

Mehr als zwei Fünftel aller Gewerkschaftsmitglieder waren in den drei Industriegruppen Metall, Maschinenindustrie (ohne Verkehrsmittel) und Baugewerbe tätig. Ueber 1 Mio Mitglieder weisen die Herstellung von Verkehrsmitteln (insbesondere Autos), Ernährung und Tabak, Kleidung und Textil und Dienste aller Art auf; die niedrigsten Zahlen haben Landwirtschaft, Versicherung und Finanzen. Die sieben größten Gewerkschaften mit je 500 000 Mitgliedern oder mehr umfassen ein Drittel, hingegen 143 Gewerkschaften mit je weniger als 100 000 Mitgliedern ein Fünftel der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Bergbau und Verkehr haben ungefähr die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder, die nicht der AFL-CIO angeschlossen sind. Umgekehrt sind in Bau, Herstellung von Verkehrsmitteln und Bekleidung fast alle Arbeiter in Gewerkschaften, die der AFL-CIO angeschlossen sind.

Die Zahl der von Tarifverträgen umfaßten Arbeiter mit 18,2 Mio ist fast identisch mit der Zahl der organisierten Arbeiter.

Von den mannigfaltigen sonstigen Problemen, mit denen sich die Gewerkschaften zu befassen haben, seien noch einige erwähnt.

Die Negerfrage

Das Negerproblem, die Achillesferse der amerikanischen Demokratie, ist – wenn man von der hohen Politik absieht – durch ein neues Civil-rights-Gesetz von 1960 neuerdings wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden. Dieses Gesetz, das gegen den erbitterten Widerstand der Vertreter der Südstaaten zustande gekommen ist, will den Negern das ihnen im Süden vielfach verweigerte Wahlrecht zu den Bundes-, Staats- und Gemeindewahlen sichern. Die Einstellung der Gewerkschaften ist überwiegend für die Gleichbehandlung der Neger. Aber noch immer gibt es «Elite»-Gewerkschaften, die Neger ausschließen, zum Beispiel die Lokomotivführer. Bei der Tagung der AFL-CIO im September 1959 stand deren Ausschluß zur Debatte, wenn sie ihre negerfeindliche Einstellung nicht binnen sechs Monaten ändere. Es endete mit Einsetzung einer Kommission, um auf die Gewerkschaft einen Druck auszuüben, ihre Einstellung «möglichst anzugleichen».

In der Innenpolitik

entschied sich die Tagung nach einigem Widerspruch dafür, den Mitgliedern die Unterstützung des demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft zu empfehlen. Man fühlte sich aber offensichtlich nicht recht wohl, weil man nicht sicher war, was man für diese Unterstützung einhandeln werde. An die Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei denkt heute niemand; sie könnte bei dem Zweiparteiensystem und im Hinblick darauf, daß das amerikanische Wahlsystem kein Verhältniswahlrecht kennt, nur zu einer Vergeudung der Stimmen der Arbeiterschaft führen. Obwohl die Arbeiterschaft nicht vergessen hat, daß sie ihren Anstieg in jüngerer Zeit insbesondere dem New Deal des demokratischen Präsidenten Roosevelt zu danken hat, kann man nicht allgemein sagen, daß die Arbeiterschaft demokratisch wähle. So hat der wohl bedeutendste Führer der Arbeiterschaft in der Aera Roosevelt, der schon erwähnte John L. Lewis, 1940 den Republikaner Willkie unterstützt, ohne allerdings die Mitglieder der von ihm geführten CIO stark beeinflussen zu können. Der Arbeiter denkt in den USA politisch viel zu selbständig, als daß er sich bei Ausübung des Wahlrechts von irgendeiner Seite festlegen ließe.

Die stärkere Erfassung der white collar workers ist eine weitere wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, nicht nur weil sie an sich schwerer zu organisieren sind, sondern auch weil sie einen wachsenden Prozentsatz in der Gesamtheit der arbeitenden Schichten darstellen, da die Automation die blue collar workers zum Teil ersetzt. Dadurch verlieren die Gewerkschaften gerade in den Grup-

pen, in denen sie früher ihre größte Stärke hatten. Beispielsweise ist die Zahl der manuellen Arbeiter deshalb stark zurückgegangen, weil heute ihrer zwei die Arbeit machen, für die vor wenigen Jahren noch deren sieben nötig waren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den europäischen Ländern der Lohnunterschied zwischen Angestellten und Arbeitern nicht so hoch ist wie in den USA trotz der hohen Löhne der Arbeiter, so daß der Drang zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß in Europa schon deswegen höher ist.

Alte Gegensätze

Die alten Gegensätze zwischen AFL und CIO sind beim letzten Kongreß wieder aufgetaucht und werden seither diskutiert. Es war nur eine Vernunftheirat, die die beiden Flügel der Arbeiterschaft 1955 zusammengebracht hat. Die Mitgliederzahl ist zwischen den beiden Gruppen ungefähr gleich hoch verteilt. Die Industrieabteilung umfaßt 68 von den 137 Gewerkschaften, nicht ganz die Hälfte der etwa 15 Mio Mitglieder. Vizepräsident *Reuther*, der Vorstand der CIO-Abteilung, möchte den alten Geist der CIO wieder beleben, das heißt die Unorganisierten organisieren. Er machte dem Präsidenten *Meany* den Vorwurf, daß er zu wenig in dieser Richtung tue. Von der Voraussage von 1955, in zehn Jahren die Mitgliedschaft zu verdoppeln, sei man weit entfernt, man müsse froh sein, die Mitglieder zu halten. Im Vorstand ist die AFL zur CIO im Verhältnis 2 : 1 vertreten. Die CIO will einen Werbefeldzug in Industrien (Chemie, Holz, Papier, Textil, Bekleidung) und Gebieten (die neuen Industriegebiete der Südstaaten) starten, in denen noch viele unorganisierte Betriebe sind; zum Teil sind diese Zweige schon von den AFL-Gewerkschaften erfaßt. Ein neuer Kampf hinter den Kulissen scheint also in Gang gekommen zu sein.

Demokratische Grundsätze in den Gewerkschaften

Bei den Mißständen, die bei der Beratung der Landrum-Griffin Bill zutage getreten sind, ist es verständlich, daß die Frage, wieweit die Gewerkschaften demokratisch geleitet werden können, wieder zur Diskussion gekommen ist. Dem Verlangen, den einzelnen Mitgliedern größeren Einfluß einzuräumen, wird entgegenhalten, daß sich die Führung einer Gewerkschaft von der von wirtschaftlichen Vereinigungen nicht unterscheide. Die Verantwortung müsse übertragen, direkte Beteiligung der Mitglieder müsse begrenzt bleiben. Solange nur die Führer «den Schinken heimbringen», blieben die Mitglieder zufrieden und übersahen sogar Rückschläge, ja üble Machenschaften. Es wird von der Durchführung des neuen Gesetzes abhängen, ob die autokratischen Züge, die in der Führung mancher Gewerkschaften nicht zu verkennen sind, zurückgedrängt werden.

Dr. Robert Adam, Washington.